

## TEIL 1 Von der Republik zum Krieg

Im Zuge einer vierteiligen Serie setzen wir anlässlich des 80. Jahrestages des Ausbruchs des Spanischen BürgerInnenkrieges einen Schwerpunkt zum Thema.

Den Anfang macht Genosse Marcus Strohmeier, der sich mit den historisch-gesellschaftlichen Vorbedingungen auseinandersetzt.

**K**aum ein europäischer Staat war um das Jahr 1900 so rückständig wie das spanische Königreich. Während sich in anderen Ländern des Kontinents durch die anhaltende Industrialisierung auch die Gesellschaft massiv veränderte, behielt das ökonomisch unterentwickelte, streng katholische Spanien eine beinahe mittelalterliche feudalistische Struktur. Den rund 50.000 GroßgrundbesitzerInnen gehörten weit mehr als 50 Prozent des gesamten Bodens, auf dem fast drei Millionen entrechtete LandarbeiterInnen unter unmenschlichen Bedingungen schuften mussten. Neben den BesitzerInnen der Latifundien bildeten die Aristokratie und der Klerus die Machtbasis des rückständigen Landes.

Diese reaktionäre Politik unterdrückte aber nicht nur den Emanzipationsprozess der ArbeiterInnenbewegung, sondern auch jegliche Aktivität der zahlreichen nationalen Minderheiten. Neben den Repressionen im Inland verteidigte das monarchistische Regime, auch unter größten Verlusten, die Reste seines Kolonialreiches in Nordafrika und auf den Philippinen. Auf persönlichen Befehl des Königs sollten etwa die Widerstand leistenden BerberInnen in Marokko



Werbeposter mit dem Slogan **¡No pasarán!** der antifaschistischen Volksfront in Spanien 1936

mit Hilfe von Giftgas ausgerottet werden. Solche Maßnahmen führten allerdings zu einer noch größeren Verteidigungsbereitschaft der misshandelten Völker, und allein in Marokko starben fast 20.000 spanische Soldaten. Neben den Misserfolgen in Afrika und auch Asien kam es in-

nerhalb Spaniens zu vermehrten Aufständen. 1909 versuchten sich die ArbeiterInnen Kataloniens vom Joch des Zentralstaates zu lösen. Die Antwort Madrids war aber auch hier von großer Brutalität geprägt: Neben vielen Toten und Hingerichteten wurden über 2.000 Menschen in Katalonien verhaftet.

Innere Unruhen und die Verluste im Ausland führten zu einer vermehrt instabilen Situation. Aus diesem Grund überantwortete der König 1923 die Regierungsgeschäfte an General Primo de Rivera. Er errichtete, dem Wunsch des Monarchen entsprechend, eine Militärdiktatur und führte Spanien fast ein Jahrzehnt mit eiserner Hand. Trotz aller Repressalien und Verbote

entwickelte sich die ArbeiterInnenbewegung dennoch zu einer entscheidenden Kraft. Obwohl im Untergrund agierend, gelang es den spanischen AnarchistInnen, zu einer der größten Bewegungen zu werden. Vor allem unter den ausgebeuteten LandarbeiterInnen fand der Anarchismus großen Zuspruch. Schon 1911 zählte die Gewerkschaftskonföderation CNT 700.000 Mitglieder. Auch die SozialistInnen (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens – PSOE) unter ihrem eindeutig links stehenden Partei- und Gewerkschaftsführer Francisco Largo Caballero, wuchsen zu einer mächtigen Bewegung heran. Als General Rivera 1930 durch einen anderen Militär ersetzt wurde, führte dies zu einer Aufschwung der DemokratInnen. Dem Druck der Straße nachgebend, kam es im April 1931 zu Gemeinderatswahlen, bei denen die demokratischen Parteien große Erfolge erzielten. Die Oligarchie war davon überrascht, und diese kurze „Schockstarre“ ausnutzend, rief der Großgrundbesitzer Niceto Alcalá-Zamora am 14. April 1931 die Republik aus. Der König, von den Ereignissen offenbar überrollt, begab sich ins Exil. Ministerpräsident wurde der Sozialist Manuel Azana, der mit seiner Regierung sogleich mit einem ambitionierten Reformprogramm begann. Neben zahlreichen Sozialgesetzen wurden auch das Frauenwahlrecht, die Zivilehe und bestimmte Autonomierechte für Minderheiten eingeführt.

Die ökonomischen Probleme des unterentwickelten Landes konnten aber auch von der neuen Regierung nicht gelöst werden. Die geplante Landreform wurde nicht radikal genug durchgesetzt, die Arbeitslosigkeit stieg weiter an. Radikale Kräfte nutzten die neuen Machtverhältnisse im Land und begannen mit einer schonungslosen Jagd auf die großteils verhasste katholische Kirche. Dabei kam es allerdings zu un-



Feiern zur Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik in Barcelona, 1931



geplanten Ausschreitungen wie der Plünderung von Klöstern, Ermordung von Priestern und dem Niederbrennen von Kirchen. Die Schwäche der Regierung und die teilweise übertriebene Radikalität der vorher unterdrückten Klassen führten im August 1932 zu einem ersten Militärputsch, der jedoch aufgrund der republikanischen Gesinnung der Massen zu einem Misserfolg wurde. Dennoch traute man einer rechten Regierung mehr Erfolge zu, und bei den Wahlen im Jahr 1933 übernahmen konservative und liberale Kräfte die Macht. Jetzt war es die ArbeiterInnenschaft, die eine erneuerte reaktionäre Regierung nicht dulden wollte. Im Oktober 1934 kam es zu Aufständen von ArbeiterInnen im ganzen Land. Zunächst erklärte das linke Katalonien erfolglos seine Unabhängigkeit, später misslang auch ein ArbeiterInnen-Aufstand in Madrid. In Asturien wurde eine Erhebung der ArbeiterInnenschaft durch Regierungstruppen unter General Francisco Franco brutal niedergeschlagen.

Da auch die rechte Regierung keinerlei Erfolge erzielen konnte, entschied sich das Volk bei den Parlamentswahlen im Februar 1936, der linken Volksfrontregierung die Mehrheit zu geben. Die unterlegenen konservativen und rechten Gruppen wollten diesen Wahlsieg der linken Kräfte allerdings nicht akzeptieren. Für die politische Rechte war zu diesem Zeitpunkt schon klar, dass ein anderer Weg für Spanien gewählt werden musste, jener, den das faschistische Italien, Österreich und das nationalsozialistische Deutschland zuvor gegangen waren. Am 17. Juli 1936, also nur wenige Monate nach dem Antritt der neuen Regierung, begann, von der marokkanischen Kolonie ausgehend, ein schon länger geplanter Putsch. Angeführt wurde dieser von General Franco, der sich zuvor bereits als erfolgreicher Unterdrücker der ArbeiterInnenschaft angedient hatte. ■



Heinz Fischer,  
Christian Broda,  
Franz Jonas und  
Hans Kelsen (1965)

## 100 Jahre Christian Broda

**Im folgenden Beitrag widmet sich Peter Lhotzky dem Leben und Schaffen des sozialdemokratischen Justizreformers.**

Als jüngeres von zwei Kindern des Ehepaares Dr. Ernst Broda und Viola (geb. Pabst) kam Hans Christian Broda am 12. 3. 1916 in Wien zur Welt. Der familiäre Hintergrund – sein Vater Finanzrat, also Staatsbeamter, der noch in seinen letzten Lebensjahren eine Rechtsanwaltskanzlei eröffnete – ermöglichte Christian, wie er sich sehr früh unter Weglassung des ersten Vornamens, Hans, nennen sollte, den Besuch des Akademischen Gymnasiums (ab 1926). Zunächst mit der Sozialdemokratie – den Sozialistischen Mittelschülern – sympathisierend, schloss er sich 1931 der kommunistischen Jugendbewegung an.

Noch bevor er im Jahr 1934 die Matura ablegen konnte, wurde er am 23. Februar wegen kommunistischer Betätigung verhaftet und „auf dem Verwaltungsweg“ zu 42 Tagen Haft verdonnert. Das mag wohl einer der Gründe sein, dass sich Broda später für die Festigung des Rechtsstaates und die Abschaffung der Todesstrafe einsetzte. Nach der Haft, um sich der Beobachtung und Bespitzelung der Exekutive zu entziehen, verbrachte er mehr als ein Jahr bei seinem Onkel G. W. Pabst in Santa Monica in Kalifornien. Wieder in den Schuschnigg'schen Ständestaat zurückgekehrt, durfte er

zunächst nicht immatrikulieren. Doch dann besuchte er ab dem Wintersemester '36/37 die Wiener Universität. Seine Studienfächer waren Geschichte und Jurisprudenz, doch sein Widerstand gegen den Ständestaat schlug sich auch in politischen, illegalen Aktivitäten nieder. In der Zwischenzeit schloss er sich einer oppositionellen Gruppe von JungkommunistInnen an. An dieser Gruppe waren außer Broda auch Josef Hindels, Georg Scheuer und Karl R. Stadler, später der erste Direktor des Karl-Renner-Institutes und Gründer der Uni Linz, beteiligt.

Seine Dissertation „Volk und Führung. Ein Beitrag zum Problem der politischen Willensbildung im zweiten Deutschen Reich“ sollte später, als Broda Justizminister war, zu heftigen Angriffen führen. Seine „militärische Karriere“, wie Christian Broda ironisch in einem Brief bemerkte, begann 1940. Im Jahr 1943 wurde der Obergefreite Broda wegen „Unterlassung der Anzeige einer hochverräterischen Unternehmung“ festgenommen. Glücklicherweise war er (er befand sich sechs Tage in GESTAPO-Haft) in den Akten der politischen Kartei des Austrofaschismus nicht unter seinem Namen, sondern nur mit dem Decknamen „Genosse Janda“ vermerkt, und den kannte die GESTAPO nicht. Daher erhielt

er eine dreimonatige Gefängnisstrafe. Den weiteren Kriegsverlauf erlebte Broda in der Wehrmacht und das Kriegsende im Innviertel, wo er sich auch der „Österreichischen Freiheitsbewegung“ anschloss.

Nach seiner Heimkehr war Broda von Dezember 1945 bis September 1946 in der Bibliothek des Bundeskanzleramtes beschäftigt, promovierte 1947 zum Dr. jur. und legte schließlich im Oktober 1948 die Rechtsanwaltsprüfung ab. Im Jahr 1949 trat Broda der SPÖ bei. Ab dem Jahr 1957 war er im Bundesrat als Vertreter des Landes Wien und ab 1959 als Nationalrat im Parlament vertreten. Sein wichtigstes Anliegen war es, die noch aus 1873 stammende Strafprozessordnung und das aus dem Jahr 1811 stammende Familienrecht zu revidieren. Wie sein Biograf Béla Rásky schreibt:

*„... zeigte Broda sich auch häufig kompromissbereit, so war er es nicht um jeden Preis. Auch sein oft hervorgehobener Charme hinderte ihn nicht daran, seine Ziele bebarrlich und mit strategischem Kalkül zu verfolgen, ... er verstand es, seine Mitarbeiter, die ihm bis heute verbunden geblieben sind, zu motivieren ...“*

Mit dem Namen Christian Broda wird die große Strafrechtsreform und die Familienrechtsreform für immer verbunden sein. Nach einem arbeitsreichen Leben verstarb Dr. Christian Broda am 1. 2. 1987 in Wien. ■